

Wochenspiegel

Extra

Darüber diskutiert Frankreich

22. – 28. Juni 2024

Weitere Informationen zu den Parlamentswahlen finden Sie in unserem Wahldossier: [Hier klicken](#)

Emmanuel Macron schließt einen Rücktritt aus, unabhängig vom Ergebnis der vorgezogenen Parlamentswahlen. In einem Interview, das in mehreren Regionalzeitungen unter dem Titel „Brief an die Franzosen“ veröffentlicht wurde, bekräftigte der Präsident der Republik, dass er seine Amtszeit unabhängig vom Ausgang der Wahlen zu Ende führen werde. Außerdem räumte er das „demokratische Unbehagen“ ein, das Frankreich erleide und stimmte zu, dass „die Art und Weise des Regierens sich grundlegend ändern muss“. Anfang der Woche war der Staatschef Gast in einem Podcast, in dem er die Auflösung der Versammlung rechtfertigte und die Wähler vor der Gefahr eines „Bürgerkriegs“ warnte, falls die Programme der extrem rechten oder extrem linken Parteien umgesetzt würden.

Kein Konsens in der Frage des Premierministers innerhalb des Linksbündnisses. Während Jean-Luc Mélenchon, am 22. Juni bestätigte, dass er „die Absicht habe, dieses Land zu regieren“, gibt es im Linksbündnis NFP andere Stimmen. Der ehemalige Präsident François Hollande (PS), der als Kandidat für die Parlamentswahlen antritt, erwiderte: „Er (Mélenchon) sollte jetzt schweigen“. Raphaël Glucksmann, Vorsitzender der Bewegung Place publique, hält sich ebenfalls für fähig, Premierminister zu werden. Bisher wurde zwischen den linken und linksradikalen Parteien noch keine Einigung über einen möglichen Premierminister im Falle eines Wahlsiegs erzielt.

Spannungen im Präsidentenlager Der ehemalige Premierminister Édouard Philippe, Vorsitzender von Horizons, wirft Präsident Emmanuel Macron vor, die „präsidiale Mehrheit getötet“ zu haben, als er am Abend der Europawahlen die Nationalversammlung auflöste. Auch wenn Horizons mit Renaissance und MoDem verbündet ist, distanziert sich Philippes Partei immer deutlicher vom macronistischen Lager. Philippes Ziel ist es nun, eine Koalition zu bilden, die ein breites Spektrum von den Républicains, die sich gegen Ciotti stellen, bis hin zu den Sozialisten, die von der Politik Mitterrands geprägt sind, umfasst; eine „Koalition nach deutschem Vorbild“, wie der ehemalige Premierminister betonte.

Hohe Beamte besorgt über eine mögliche Regierungsteilnahme der extremen Rechten. In einem Meinungsartikel, der in der Zeitung Le Monde erschienen ist, bringen siebzig französische Diplomaten ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die RN die Parlamentswahlen gewinnen könnte: „Wir Diplomaten können uns nicht damit abfinden, dass ein Sieg der extremen Rechten Frankreich und Europa schwächt, während der Krieg tobt“. Besonders besorgt zeigen sie sich über die Gefahr der Einmischung durch ausländische Mächte. Die Diplomaten sind nicht die einzigen hohen Beamten, die sich Sorgen darüber machen, wie sie sich verhalten sollen, falls RN bei den Parlamentswahlen gewinnt. Für Aufruhe sorgte Jordan Bardellas Forderung, bestimmte strategische Posten für Staatsangehörige mit doppelter Staatsbürgerschaft zu verbieten.

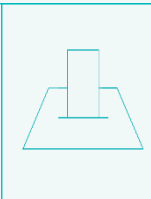
Mehrere Fernsehdebatten im Vorfeld der ersten Runde der Parlamentswahlen am 30. Juni. Jordan Bardella, Vorsitzender des RN, Gabriel Attal, Premierminister und Chef der Präsidentenmehrheit, sowie Manuel Bompard (LFI) für die Neue Volksfront traten am 25. Juni in einer Debatte gegeneinander an. Die drei Kandidaten debattierten hauptsächlich über Kaufkraft, Steuern und die Rentenreform. Die Républicains beanstandeten, dass sie nicht zu dieser Debatte eingeladen worden waren. In einer weiteren Fernsehdebatte am 27. Juni wurde die Neue Volksfront durch Olivier Faure, Vorsitzender der Parti Socialiste, vertreten

Ein Pariser Gericht erklärte am 27. Juni in einer einstweiligen Verfügung den dritten Versuch der LR, ihren Vorsitzenden Eric Ciotti auszuschließen, für unzulässig und lehnte den Antrag der Partei ab, einen Ad-hoc-Vorsitzenden zu ernennen. In einer Erklärung, die der Nachrichtenagentur AFP vorliegt, nimmt die Partei diese Entscheidung „zur Kenntnis“. Sie wird als „Weigerung“ gewertet, sich angesichts der angespannten politischen Lage in Parteiinterna einzumischen. LR betont, dass in der Sache keine finale Entscheidung getroffen wurde.

Der Abgeordnete Aurélien Pradié verlässt Les Républicains. Der ehemalige Abgeordnete bezeichnete die Républicains als „tote Partei“ und kandidiert in seinem Wahlkreis erneut unter dem Etikett seiner Bewegung „Du courage“. Pradié hat sich schon seit langem von der von Ciotti vorgegebenen national-konservativen Parteiposition distanziert. Zum Zeitpunkt der Rentenreform war er als stellvertretender Parteivorsitzender abgesetzt worden, weil er sich gegen die von Ciotti in dieser Debatte vertretene Haltung gestellt hatte. "Das bürgerlich-konservative Lager, das wir wieder aufbauen wollen, heißt nicht mehr Les Républicains", sagte Pradié nun.

Clément Beaune strebt nach den Parlamentswahlen eine sozialdemokratische Koalition ohne LFI an. Der ehemalige Verkehrsminister, der früher auch Europaminister war, kandidiert für seine Wiederwahl im Wahlkreis Paris. Als Vertreter des linken Flügels von En Marche und später Renaissance erklärte Clément Beaune, er wolle „eine Koalition der Gemäßigten aufbauen, um dem RN den Weg zu versperren“. Die Koalition soll auch die Grünen und gemäßigte Républicains umfassen, so Beaune.

Am 26. Juni ordnete der Ministerrat die Auflösung von vier ultrarechten Gruppierungen an. Die Groupe Union Défense (GUD) und drei rechtsextreme Strukturen in Lyon wurden per Dekret aufgelöst. Die GUD ist eine ultrarechte Studentengewerkschaft, die in den 1970er Jahren gegründet wurde und für ihre gewalttätigen Aktionen bekannt.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Am 25. Juni 2024 begann die Wahl für die Franzosen im Ausland, die per elektronischer Briefwahl wählen.

Eine elektronische Stimmabgabe ist nur für die außerhalb Frankreichs ansässigen Franzosen möglich, und dies nur bei den Parlaments- und Konsularwahlen. Die Auslandsfranzosen können des Weiteren in den Konsulaten ihre Stimme abgeben.

Eine spezielle Website wurde am Dienstagmittag auf der Website des Ministeriums für Europa und auswärtige Angelegenheiten freigeschaltet. Die Wähler im Ausland hatten bis zum 27. Juni Zeit, ihre Online-Stimme abzugeben. Die Website war zeitweise wegen Überlastung nicht erreichbar. Nun wurde bekanntgegeben, dass über 410 000 Wähler online abgestimmt haben. Im Wahljahr 2022 waren es lediglich 250 000.

| | | | |
|---|---|---|---|
| 3 | 8 | 4 | 7 |
| 0 | 2 | 6 | 5 |
| 5 | 4 | 3 | 1 |
| 7 | 4 | 9 | 2 |
| 9 | 8 | 2 | 0 |
| | | | 1 |

DIE ZAHL DER WOCHE

2,125 Millionen

Die Schwelle von 2 Millionen Wahlvollmachten wurde überschritten, ein absolutes Rekordhoch. (Stand 27. Juni 12.00 Uhr)

Zum Vergleich: Die Zahl der gültigen Vollmachten am Tag des ersten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen 2022 betrug 1 379 764 und erreichte für den zweiten Wahlgang 1 965 001.

In Frankreich ist keine Briefwahl möglich. Ein Wähler kann jedoch einer Person seines Vertrauens eine Wahlvollmacht ausstellen.